

# Aktuell

Ein Brief vom 17.09.2001 unter dem Eindruck des Anschlags vom 11.09.2001  
Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrter Herr Außenminister!

Mit dem Entsetzen und Mitgefühl für die Opfer der Attacke auf das World Trade Center in New York und deren Angehörige verbindet sich die Erkenntnis, daß alle Vorstellungen von einer "Festung Europa" oder "Festung Amerika" abgrundtief naiv sind. Auch noch so weitgehende Einschränkungen von Bürgerrechten und ausgefeilte Überwachungsmaßnahmen, wie sie nach dem Anschlag die Sicherheitsdebatten beherrschen, werden weitere Terroranschläge nicht verhindern, wenn dem Terror nicht politisch der Boden entzogen wird. Es gibt keine 1., 2. und 3. oder 4. Welt. Wir Menschen leben in unterschiedlichen Staatswesen aber in einer Welt.

Hinter dem Terror stehen Fanatiker, die das komplexe Gefüge weltwirtschaftlicher und interkultureller Abhängigkeiten auf einen für sie einfachen Nenner von Gut und Böse bringen wollen; denen im Kampf für ihre Vorstellung von dem was Gut sei, jedes Mittel recht ist. Gerade die letzten Jahrzehnte waren bestimmt durch intensive diplomatische Bemühungen um eine neue Qualität des Ausgleichs in weltpolitischen Beziehungen. Die Ausrufung des Kriegszustandes und der Ruf nach Rache und Vergeltung als Reaktion auf den schrecklichen Terroranschlag in New York läuft Gefahr, sich auf das Niveau der einfachen Weltbilder der Täter herabziehen zu lassen.

Europa ist über einen historisch nie dagewesenen Zeitraum von mehr als 50 Jahren befriedet, weil Entscheidungsträger der beteiligten Länder eine Politik des ökonomischen Interessenausgleichs und des kulturellen Austauschs verfolgten und sich von der Strategie des "Auge um Auge und Zahn um Zahn" in den zwischenstaatlichen Konfliktfeldern verabschiedet haben. Diese Politik des Ausgleichs auch im internationalen Maßstab ist durch die Attacke auf das World Trade Center nicht diskreditiert worden. Vielmehr hat sich die Bundesregierung gerade in den letzten Jahren durch ihren Einsatz für eine Politik des Ausgleichs internationales Ansehen und Vertrauen erworben.

Aufstrebender Nationalismus in vielen Teilen der Welt, auch in Teilen Europas ist Ausdruck ökonomischer Ungleichheiten in vielen Staatswesen, in denen die demokratische Kultur und die individuellen Menschenrechte von aktuellen Machthabern mißachtet wurden oder werden. Nationalismus und Fanatismus werden von den Machthabern eingesetzt, um die Bevölkerung trotz großen ökonomischen Elends nach innen hin ruhig zu stellen. Die daraus wachsende Bereitschaft zum politischen Terror gegen Andersdenkende kann niemand tolerieren. Die Etablierung von internationalen Gerichten und international legitimer Polizeigewalt zur Verfolgung von Verstößen gegen die Menschenrechte ist die einzig mögliche Antwort auf den Terror, die nicht den Keim eines 3. Weltkrieges in sich trägt. An diesem Maßstab müssen sich militärische Aktionen der USA im Verein mit den europäischen Bündnispartnern der NATO messen lassen.

Zur Politik des Ausgleichs, von der die aktuellen Bemühungen

- um ein Zuwanderungsgesetz, das diesen Namen verdient,
  - um den Schuldenerlaß für die ärmsten Länder der Welt,
  - um die Befriedung des heißgelaufenen nationalistisch motivierten Konfliktherdes Balkanregion,
  - um die Befriedung des Nahen Ostens im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern
- getragen sind, gibt es keine Alternative.

Sie muß Vorrang haben vor der Abschottungsmentalität, die die Zementierung eines Wohlstands- und Gerechtigkeitsgefälles im internationalen Maßstab leichtfertig in Kauf nimmt.

Wir fordern die Bundesregierung auf, in ihrer Politik des Ausgleichs und der Befriedung nicht nachzulassen und die Chancen zur Neubestimmung der internationalen Politik und der Globalisierung der Ökonomien im Sinne einer gerechten Weltordnung zu nutzen.



Als PDF-Datei  
herunterladen

**Wir leben in einer Welt  
– die Menschenrechte  
sind unteilbar –  
dafür müssen wir  
einstehen.**